

jedwede völkerrechtliche, zivilrechtliche oder sonstige Ansprüche gegeneinander ...“

In den Verhandlungen war dieser Punkt besonders umstritten. Für die deutsche Seite bedeutete die Formulierung den Verzicht auf eine finanzielle sowjetische Beteiligung an den Stilllegungs- und Sanierungsarbeiten, deren Kosten bereits damals auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt wurden. Eine finanzielle Beteiligung der Sowjetunion war aber aufgrund der von der DDR eingegangenen verbindlichen Verpflichtungen nicht durchsetzbar. Außerdem wurde die Höhe der Kosten von sowjetischer Seite massiv in Zweifel gezogen. Aussicht auf eine Einigung über die Notwendigkeit der Sanierung und über Umweltstandards ‚westlicher Prägung‘ bestand nicht.

Parallel zum deutsch-sowjetischen Abkommen wurde 1991 das Wismut-Gesetz erarbeitet. Der Bundestag stimmte dem Wismut-Gesetz im Oktober zu, das am 18. Dezember 1991 in Kraft trat. Nach der Übergabe der Ratifizierungsurkunde war das Abkommen mit der Sowjetunion am 20. Dezember 1991 gültig, nur wenige Tage später zerfiel die Sowjetunion.

Seither wird die Sanierung der vom Uranerzbergbau geschädigten Regionen in Sachsen und Thüringen betrieben. Die Sanierung am ehemaligen Wismut-Standort Gittersee in der Nähe von Dresden wurde 2016 abgeschlossen. Die Arbeiten am Standort Pöhl sind ebenfalls 2016 beendet worden. Jedoch ist eine langfristige Nachsorge notwendig. Hier betreibt die Wismut für die kommenden Jahrzehnte noch die Wasserbehandlung und Überwachung der sanierten Objekte.

Auch an den anderen sächsischen Standorten, in Königstein, Crossen und Bad Schlema konzentriert sich die Wismut GmbH heute mehr und mehr auf die Zukunft.

Auf 210 Hektar sanierter Haldeflächen werden Langzeitaufgaben zum Erhalt des Sanierungserfolges durchgeführt. In Königstein laufen derzeit die Vorarbeiten zum Umbau der Aufbereitungsanlage für Flutungswasser sowie für den Bau eines Funktionsgebäudes. In Crossen steht der Neubau der Wasserbehandlungsanlage Helmsdorf auf dem Plan, um die gefassten Wässer der sanierten Absetzanlage langfristig stabil und kostengünstig zu behandeln. An den thüringischen Standorten dienen die Anlagen Ronneburg und Seelingstädt der Reinigung der kontaminierten Wässer. Die Arbeiten auf dem ehemaligen Tagebaugelände sowie die Sanierung des Gessentales sind fortgeschritten. Noch im Dezember 2016 wurde hier der letzte Schacht der Grube Ronneburg geschlossen. An dem bis 2028 am längsten dauernden Großprojekt, der Absetzanlage Culmitzsch, wurde im Becken A als Teil der Zwischenabdeckung das Einbringen der sogenannten Vertikaldränagen abgeschlossen. Im Becken B hat man bereits mit der Endabdeckung begonnen.

Mit den sogenannten Langzeitaufgaben begibt sich das Unternehmen auf eine neue lange Wegstrecke. Im 2015 aktualisierten Sanierungsprogramm ist festgeschrieben, daß die Überwachung und Nachsorge an den sanierten Hinterlassenschaften über Jahrzehnte weitergeführt werden muß. Für 2017 stellt die Bundesregierung Mittel in Höhe von 128 Millionen Euro zur Verfügung. Schwerpunkte dieses Jahres sollen neben der Fortsetzung der Sanierungsarbeiten vor allem der Bau der geplanten neuen Anlagen und Gebäude in Königstein sowie nach 20 Jahren Betriebszeit die Demontage des 2 Kilometer langen Pipe Conveyors am Standort Crossen sein. In Seelingstädt werden die Konturierung und Endabdeckung der Absetzanlage Culmitzsch for-

ciert. Die Maßnahmen zur sicheren Flutung der Grube Ronneburg werden wie geplant fortgeführt und die Anlagen zur Wasserfassung und -ableitung weiter vervollständigt. Die Wasserbehandlungsanlagen Ronneburg und Seelingstädt müssen einer Ge-

neralinstandsetzung unterzogen werden.

Vergl. hierzu den Beitrag von Frank Lange, Kirchlicher Umweltkreis Ronneburg: 25 Jahre Wismut GmbH, in Strahlentelex 710-711 vom 4. August 2016, S. 9-11, www.strahlentelex.de/Stx_16_710-711_S09-11.pdf

Folgen von Fukushima

Schilddrüsenkrebs eines Arbeiters des AKWs Fukushima Daiichi als katastrophengebunden anerkannt

Ein Arbeiter, der radioaktiver Strahlung ausgesetzt war, als er zur Zeit der Katastrophe von Fukushima im dortigen Atomkraftwerk tätig war, hat einen arbeitsbedingten Schilddrüsenkrebs entwickelt. Das erklärte das japanische Arbeitsministerium am 16. Dezember 2016 einer Meldung der japanischen Zeitung The Mainichi vom Folgetag zufolge.

Der Angestellte der Tokyo Electric Power Company Holdings Inc. (TEPCO), des Betreibers des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi, ist die dritte Person, die Anspruch auf Leistungen hat, die auf Krankheiten zurückzuführen sind, die durch die Strahlenbelastung ausgelöst wurden, als die Kerne von drei Reaktoren des Kraftwerks im März 2011 schmolzen. Er ist der erste, der für die Entwicklung von Schilddrüsenkrebs wegen der nuklearen Katastrophe anerkannt werden. Die beiden anderen Personen leiden an Leukämie.

Der Mann, dessen Alter mit „in den 40er Jahren“ angegeben wird, war den Angaben zufolge seit 20 Jahren mit Arbeiten unter Strahlenbelastung beschäftigt und zwischen März 2011 und April 2012 auch in Fukushima Daiichi an den Reaktoren Nr. 3 und 4. In diesen 20 Jahren sei er einer Strahlenbelastung von insgesamt 149,6 Millisievert ausge-

setzt gewesen, und zwar davon allein 139,12 Millisievert im Zuge der Katastrophe 2011. Im April 2014 war der Schilddrüsenkrebs diagnostiziert worden.

The Mainichi Japan, Dec. 17, 2016: Plant worker's thyroid cancer certified as linked to nuclear disaster.

<http://mainichi.jp/english/articles/20161217/p2g/00m/0dm/025000c>

Atomwaffen

Hinkley Point wird aus militärischen Gründen gebaut

Was Beobachtern bereits klar war, zeigt nun auch eine Studie der Universität Sussex: Hinter dem extrem teuren Atomkraft-Neubau im britischen Hinkley Point stehen militärische Anforderungen. Will Großbritannien weiterhin Atommacht bleiben, benötigt es den wirtschaftlich ruinösen Neubau. Verbraucher und Steuerzahler wird das sehr teuer zu stehen kommen. Die Universität Sussex stellt in einer Studie fest, dass das militärische atomare Abschreckungsprogramm letztlich den Ausschlag gab, kostete es was es wolle, unsinnige und teure zi-

vile Atomprojekte zu realisieren.

Bereits im September 2016 hatte die Universität Sussex in England eine 97-seitige Studie vorgelegt, die sich mit der britischen Atompolitik und auch mit dem geplanten Neubau von zwei Meilern in Hinkley Point, auseinandersetzt. [1] Bereits bevor der Vertrag zwischen der französischen EdF, die federführend das Projekt realisieren soll, dem chinesischen Staatsunternehmen General Nuclear Power Corporation (CGN), das zu einem Drittel beteiligt ist, und der britischen Regierung unterschrieben wurde, hatten Forscher der Universität herausgestellt, dass das Programm der atomaren Unterseeboote des Königreichs hinter dem

Projekt stehe, da sonst das Abenteuer nicht erklärbar sei. Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass weiter an den Plänen, 16 Gigawatt Leistung aus Atomkraftwerken aufbauen zu wollen, festgehalten werde. Da es aber viele durchführbare Alternativen für eine effiziente, sichere und klimafreundliche Energieversorgung gebe, sei es „schwierig“, dieses Vorhaben allein so zu begründen, wie es offiziell versucht wird.

Bisher war die Sussex-Studie weitestgehend unbeachtet geblieben. Sie wurde erst durch einen Artikel in der New York Times breiter bekannt. [2] Darin geht Peter Wynn Kirby, Atom- und Umweltperte der Universität von Oxford, auch auf das Thema ein und weist

auf die Studie hin. Der Titel des Artikels fasst zusammen: „Britische Nuklear-Vertuschung“. Es gehe nicht nur um ein Energieprojekt, es sei auch eine verdeckte Initiative, um Großbritanniens nukleare Abschreckung zu stärken.

Der erste Schritt dazu ist der Bau von zwei sogenannten „European Pressurized Reactors“ (EPR) in Hinkley Point. Nach Angaben der Regierung sollen sie ab 2025 insgesamt 7 Prozent des gesamten nationalen Strombedarfs decken. Das bedeutet, dass in nicht einmal neun Jahren die beiden Meiler am Netz sein sollen, weshalb offiziell der Bau auch mit der Versorgungssicherheit begründet wird. Glaubhaft ist das nicht. Der EPR-Konstrukteur Areva hat auf den bisherigen

vier EPR-Baustellen nicht zeigen können, dass diese Reaktoren jemals Strom erzeugen werden. Das finnische Projekt Olkiluoto hängt bereits fast zehn Jahre hinter dem Zeitplan her.

1. Emily Cox, Phil Johnstone, Andy Stirling: Understanding the Intensity of UK Policy Commitments to Nuclear Power, University of Sussex, SPRU Working Paper Series SWPS 2016-16 (Sept.), version 26/09/2016.

<https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=2016-16-swps-cox-et-al.pdf&site=25>

2. Peter Wynn Kirby: Britain's Nuclear Cover-Up, The New York Times, Oct. 10, 2016

<http://www.nytimes.com/2016/10/11/opinion/britains-nuclear-cover-up.html>

Risikokommunikation

Tihange-Doel Radiation Monitoring – ein unabhängiges, von Bürgern getragenes Projekt

Das Projekt TRDM hat die Einrichtung eines Netzwerks für die Messung der Intensität der radioaktiven Strahlung der umgebenden Atmosphäre in der Region Tihange-Doel-Aachen zum Ziel. Das Netz befindet sich derzeit im Testbetrieb mit ersten im Feld installierten Sensorstationen. Die Projektgruppe bietet auf der von ihr betriebenen Website <http://tdrm.fiff.de/> eine geografische Übersicht über die Standorte der Sensorstationen, eine Übersicht über die aktuellen Messwerte und detaillierte Darstellungen über die Zeitverläufe der Messwerte. Außerdem werden Details zur Messtechnik und medizinische Hintergrundinformationen angeboten.

Das Netzwerk wird von einer Arbeitsgruppe des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FifF) betrieben. Die Arbeitsgruppe kooperiert mit Aachener Mitgliedern der

Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) und mit dem Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie (AAA).

Die Sicherheitsprobleme der belgischen Uralt-AKW's Tihange und Doel (65 bzw. 150 Kilometer westlich von Aachen) spitzen sich weiter zu. In Sorge um zuverlässige und auch rechtzeitig verfügbare Information hat sich eine Arbeitsgemeinschaft konstituiert, die mit Hilfe eines unabhängigen Netzes von Stationen für die Messung der atmosphärischen Radioaktivität zur Aufklärung und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beitragen will.

Entwickelt, aufgebaut und betrieben wird das Messnetz durch die TDRM-Projektgruppe. Sensorstationen zur Gammastrahlen-Messung werden in der Umgebung der beiden AKW's sowie im weiteren Umfeld installiert. Messdaten

werden im Minutentakt zu einem projekteigenen Server übertragen und dort für die Darstellung aufbereitet. Die Messdaten stehen allen Bürgern unbewertet im Internet zur Verfügung.

Beteiligt an der Arbeitsgemeinschaft sind Mitglieder des Fiff, der IPPNW, des AAA in unterschiedlichen Rollen: Experten der IPPNW beobachten die Messwerte. Im Fall ernsthafter Unregelmäßigkeiten werden sie die Situation bezüglich gesundheitlicher Auswirkungen und zu ergreifender Schutzmaßnahmen beurteilen und gegebenenfalls frühzeitig einen Kontakt zu den Behörden herstellen.

Das AAA nutzt das Projekt als Instrument, um die Politik zu sensibilisieren, um Bürgerinnen und Bürger aufzuklären und kritisches Bewusstsein zu schaffen.

Die Projektgruppe TDRM besteht aus Mitgliedern des Fiff e.V. und weiteren Informatikern und Ingenieuren. Sie entwickeln und realisieren die Sensorstationen sowie die Server-Software, betreuen den Betrieb des Systems und sorgen für seine Pflege und Wartung. Das Fiff stellt die für

den Betrieb des Servers erforderlichen Computerressourcen zur Verfügung.

Die Arbeitsgemeinschaft stützt sich ausschließlich auf ehrenamtliche Mitarbeit. Das Netzwerk wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Die Arbeitsgemeinschaft ist offen für weitere Beteiligungen. Gesucht werden auch Bürgerinnen und Bürger, die an der Aufstellung einer Sensorstation in ihrer privaten Umgebung interessiert sind.

Berlin, 13.-22. Jan. 2017

Stimmen aus Tschernobyl

Eine theatralisch-musikalische Auseinandersetzung mit Svetlana Alexijewitschs Buch „Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft“ gibt es am 13., 14., 15., 20., 21. und 22. Januar 2017, jeweils um 19 Uhr im SOEHT.7. Ehemaliges Frauengefängnis, Söhtstr. 7, 12203 Berlin-Lichterfelde. Textfassung und Regie: Elzbieta Bednarska.

Kartenbestellung unter: stimmen.austschernobyl@gmail.com, 0151-71977109. Eintritt: € 10 bis € 15.